

Call zu den Plenarveranstaltungen auf dem 42. DGS-Kongress 2025 in Duisburg

Die sechs Plenarveranstaltungen finden am Dienstag, den 23. September 2025 und Donnerstag, den 25. September 2025 von 9:00 bis 12:30 Uhr statt, jeweils drei pro Tag parallel. Über die konkrete Verteilung der Veranstaltungen auf die beiden Termine wird voraussichtlich im Juni 2025 entschieden. Bitte senden Sie Ihr Exposé zur Bewerbung um einen Plenarvortrag (max. 5.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) bis zum 31. März 2025 an beide Mitglieder der jeweiligen Jury. Von den zwei Vorträgen, die auf dem Kongress von einer Person gehalten werden können, darf nur einer ein Plenarvortrag sein. Pro Plenum sind insgesamt vier Vorträge zugelassen.

Demokratie in Transition?

Weltweit mehren sich seit einigen Jahren die Indizien: Demokratische Gesellschaftsformen befinden sich in der Krise, das Bewusstsein für ihre Zerbrechlichkeit nimmt offenbar ebenso zu wie die Bereitschaft zu ihrer Demontage; die Demokratie-Abgesangsliteratur boomt. Diese Entwicklungen machen sich auch in Deutschland bemerkbar. Besonders sichtbar wird das aktuell im Verfahrenskomplex gegen die Reichsbürger:innen um Prinz Reuß vor den Oberlandesgerichten in Frankfurt am Main, München und Stuttgart: Hier muss sich eine Gruppe verantworten, die einen konkreten Plan zum Umsturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik gefasst hatte, deren selbstgeschaffene Normen auf einer ideologischen Ablehnung der bestehenden Rechtsordnung basieren und der es ganz explizit darum geht, eine alternative, antidemokratische Ordnung zu etablieren. Doch die Reichsbürger:innen sind nur das schillerndste Beispiel eines allgemeinen Trends. Radikales Gedankengut und extremistische Kräfte sind nicht nur bei Wahlen erfolgreich, sie scheinen auch darüber hinaus gesellschaftlich an Rückhalt zu gewinnen.

Diese Plenarveranstaltung stellt sich drei brennenden Grundsatzfragen: Wie lässt sich das Prekärwerden demokratischer Ordnung erklären? Welche gesellschaftlichen Folgen hat diese Entwicklung? Und was kann die Soziologie in dieser Situation leisten? Die letzte dieser drei Teilfragen ist für das Fach deshalb so drängend, weil Soziologie häufig nicht die erste Adresse ist,

wenn es darum geht, für ein breiteres Publikum solche Transitionsprozesse zu analysieren – wenn es um Demokratie, demokratische Regression und Probleme etablierter politischer Institutionen und Verfahren geht, wird Aufklärungsexpertise eher in den Politik- und Rechtswissenschaften vermutet. Doch die Transitionen, die hier relevant werden, lassen sich gerade nicht auf politische und juristische Institutionen beschränken: Anti-demokratische Transitionen beeinflussen nicht nur Parlamente und Gerichte, sondern auch etwa Schulen und Universitäten, Unternehmen und Gewerkschaften, Kirchen, Medien und Journalismus, Kultureinrichtungen und Kunstorte, Militär und Sicherheitsapparate, um nur einige zu nennen; Antisemitismus, Rassismus und Anti-Feminismus sind wichtige Marker anti-demokratischer Transitionen; sie können sich entsprechend bis in den Alltag der Einzelnen hinein auswirken, sie schlagen sich in öffentlichen Debatten nieder und haben Auswirkungen auf transnationale Zusammenhänge; ja, sie beeinflussen sogar Natur-Kultur-Verhältnisse, wie sich etwa am Beispiel der rechtsradikalen Ablehnung von Maßnahmen gegen den Klimawandel zeigt. Mit anderen Worten: Es handelt sich um gesellschaftliche Transitionsprozesse, die nur aus einem gesellschaftsanalytischen, also soziologischen Blickwinkel vollständig begriffen, gemessen und empirisch nachgezeichnet werden können. Mit diesem Plenum ist das Fach dazu angehalten, seine analytischen Kapazitäten für die Untersuchung von Demokratien in Transition zu mobilisieren. Ansatzpunkte dafür finden sich an neuralgischen Punkten potentiell anti-demokratischer Transitionsprozesse:

- *Transitionen im Verhältnis von Gesellschaft und Recht beziehungsweise Rechtsstaatlichkeit.* Die Erfahrung zeigt, dass autoritäre Umbauversuche häufig bei den Einrichtungen des Rechtsstaats ansetzen – etwa, indem deren Einfluss beschränkt und ihre Unabhängigkeit unterminiert wird. Doch ein anti-demokratisches Verhältnis zum Recht macht sich schon viel früher bemerkbar, etwa in Form eines instrumentellen Rechtsgebrauchs: staatliche Institutionen, Gerichte und die Verfassung werden nur insofern anerkannt, wie es der eigenen Agenda dient. Juristische Verfahren werden genutzt, um Verwirrung zu stiften, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu unterminieren und sich als Opfer einer ungerechten Ordnung zu stilisieren (ein aktuelles Beispiel ist die Blockade der Konstituierung des Thüringer Landtags durch die AfD). Solche Taktiken zielen darauf ab, den Staat durch seine eigenen Mechanismen zu destabilisieren und Rechtsunsicherheit zu verbreiten. Diese Dynamiken anti-demokratischer Bezugnahme auf Recht erzeugen

Unsicherheiten und Ambivalenzen und haben gesamtgesellschaftliche Folgen, die soziologisch zu rekonstruieren sind.

- *Kulturell-normative Transitionen.* Die These, bestehende demokratische Ordnungen würden zunehmend ausgehöhlt, ist schon seit den 1990er Jahren in den Debatten präsent – sie wurde zum Beispiel in Form von Postdemokratie-Diagnosen vorgebracht. Doch während solche Diagnosen häufig vor allem das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in den Blick nehmen, werden jüngst insbesondere Entdemokratisierungsprozesse sozusagen »von unten« relevant: Kulturelle Praxen und eigene Normativitäten, wie sie etwa rechtsextreme oder fundamentalistische religiöse Bewegungen propagieren und wie sie in Widerspruch zu den Prinzipien demokratischer Gesellschaftsordnung stehen, werden offenbar unmittelbar anschlussfähig für erhebliche Teile der Bevölkerung und halten Einzug in den Alltagspraxen und Alltagsüberzeugungen. Demokratische Grundüberzeugungen – Stichwort »Zivilreligion« – scheinen als gemeinsam geteilte, stabilisierende kulturelle Basis an Plausibilität zu verlieren. Neue Formen der Mobilisierung, Kommunikation und Organisation treten in Erscheinung, die durch die Mechanismen digitaler Medien gestützt und verstärkt werden. (Anti-)Demokratische Transition ist nichts, was alltagsentrückt vor sich geht – soziologisch interessant sind diffuse Prozesse kultureller Diffusion und normativer Aneignung, die solche Transitionsprozesse stützen und fördern.
- *Epistemische Transitionen.* Der Glaube, rechtsextremes, anti-demokratisches Denken würde sich – da rational nicht haltbar – mit der Zeit selbst erledigen, ist ein altbekannter Fehler im Umgang mit entsprechenden politischen Tendenzen und ein zentraler Topos der religionssoziologischen Diskussion über den Säkularisierungsprozess. Vielmehr könnte und sollte soziologisch der Eigensinn der nur scheinbar »verrückten« Realitätsbeschreibungen neuer rechtsradikaler Ideologien, ihrer intellektuellen und religiösen Vorbilder und der ihnen verwandten Strömungen des Verschwörungs- und sogenannten »Querdenkens« in den Blick genommen werden. Wie wichtig es ist, auf Transitionsprozesse scharf zu stellen, die die gesellschaftliche Denk- und Wissensordnung betreffen, ist in den letzten Jahren empirisch sehr deutlich geworden: Debatten um den gesellschaftlichen Einfluss von »Fake-News«, um die Konjunktur verschwörungstheoretischen Denkens, um neue Strategien und intellektuelle Schriften des rechten Extremismus und den Erfolg propagandistischer Mittel legen ein entsprechendes Zeugnis ab. Die Verbreitung

rechtsextremer Ideologien – ein Gegenstand, mit dem die Soziologie sehr vertraut ist – muss unter den Bedingungen digitaler Medientransformation neu verstanden werden. Soziologisch herausfordernd ist die Frage, wie derartig epistemische Transitionen gesellschaftlicher Denkordnungen mit gesellschaftsstrukturellen Transitionen zusammenhängen und umgekehrt.

Die Plenarveranstaltung versammelt Beiträge, die sich theoretisch und empirisch gehaltvoll diesen und ähnlichen Transitionsprozessen widmen und damit dazu beitragen, Antworten zu finden auf die bereits oben formulierten Grundfragen: Wie lässt sich das Prekärwerden demokratischer Ordnung erklären? Welche gesellschaftlichen Folgen hat diese Entwicklung? Und was kann die Soziologie in dieser Situation leisten?

Ausrichtende Sektionen und Arbeitskreise:

Rechtssoziologie	AK Normativität
Politische Soziologie	AK Antisemitismusforschung
Soziologische Theorie	AK Sociology of the Far Right
Religionssoziologie	
Soziale Indikatoren	
Soziale Probleme und soziale Kontrolle	

Jury:

Jenni Brichzin	jennifer.brichzin@unibw.de
Henning de Vries	henning.devries@jura.uni-marburg.de

Dynamiken der Energiewende

Normen, Infrastrukturen und Teilhabe

Umfassende Transitionen sind stets mit komplexen sozialen Dynamiken verbunden. Die Energiewende verdeutlicht dies. Sie ist ein Prozess, der seine Wurzeln in den ökologischen Krisendiagnosen seit den 1960/70er Jahren hat. Fossile sowie nukleare Energieressourcen sollten und sollen zugunsten regenerativer Energiequellen überwunden werden. Von Anti-Atom-Protesten über Tschernobyl bis zum Kohle- und Atomausstieg sowie der Entstehung von alternativen Energiegenossenschaften vollziehen sich Transitionen, die zuletzt im »Projekt Energiewende« ihren Ausdruck fanden. Dieses

wird heute nicht nur soziologisch, sondern auch gesellschaftlich als zentrale Herausforderung unserer Zeit angesehen. Ministerien, Unternehmungen, Verbände, Think Tanks, soziale Bewegungsorganisationen bis hin zu privaten Akteuren mit unterschiedlichen Hintergründen gestalten die Energiewende heute im (mehr oder weniger) koordinierten Zusammenspiel. Sowohl Befürwortende als auch Gegner der Energiewende versuchen, Koalitionen zu bilden und in einer politisierten Lage hochgradig organisiert bestimmte Dynamiken ins Werk zu setzen. Dies sind etwa Dynamiken der Beschleunigung, des Behinderens, der Skalierung, des Experimentierens, der Verwertung oder der Innovation. Diese Dynamiken umfassen und verknüpfen verschiedene Dimensionen der Energiewende. Das Plenum diskutiert exemplarisch drei Dimensionen, die auch in ihrem Zusammenspiel in anderen Transitionen bedeutsam sind:

- 1) *Normen und Normenbildung*: Die normativen Orientierungen der Energiewende sind ebenso vielfältig wie die Prozesse und Dynamiken der Normenbildung. Erstere umfassen umkämpfte Werte wie Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Effizienz oder Dezentralisierung. Letztere reichen von Bestrebungen, die Deutungshoheit darüber zu gewinnen, was Energiewende heißt, bis hin zu (technischen wie sozialen) Bemühungen der Standardisierung und Regulierung. Verfasst werden etwa Expertisen und Stellungnahmen, etwa von Verbänden, Wissenschaftsorganisationen und Think Tanks, die auf Normenbildung abzielen. Auch Unternehmensstrategien erzeugen normative Vorstellungen, die die Wirtschaftlichkeit oder Nachhaltigkeit von Prozessen, Maßnahmen und Aktivitäten betreffen und ihnen machtvoll Bedeutung verleihen.
- 2) *Infrastrukturen und Infrastrukturerierung*: Die Energiewende ist gerade durch eine komplexe Verknüpfung von bestehenden und neuen technischen, sozialen und organisationalen Infrastrukturen und Dynamiken der Verriegelung und des Bruchs in der kontinuierlichen Infrastrukturerierung gekennzeichnet. Energieinfrastrukturen gestalten zudem die sozial-ökologischen Verhältnisse neu, indem sie einerseits ihre Hauptversprechen, verringerte CO₂- und Nuklear-Lasten, einlösen, andererseits aber eigene material-biophysische Anforderungen mit sich bringen, vor allem großflächige Landschaftsveränderungen.
- 3) *Teilhabe und Partizipation*: Eine Vielzahl von Personen und insbesondere Organisationen beteiligen sich an der Ausgestaltung der Energiewende und bringen ihre Vorstellungen ein. Die Möglichkeiten und Grenzen der

Partizipation und einflussreichen Teilhabe sind nicht zuletzt in relevantem Umfang gesellschaftlich erzeugt. Dies ist für Fragen der aktiven Teilhabe an rechtlich-politischen Beteiligungsverfahren, aber auch der weiter gefassten praktischen Ausgestaltung der Energiewende bedeutsam und wirft Repräsentationsfragen auf. Hierüber entstehen im koordinierten Zusammenspiel hochgradig organisierte Dynamiken der Anerkennung, des Ab- und Ausschließens, der Akzeptanzsicherung und Legitimierung oder der Durchsetzung sowie der (faktischen) Exklusion.

Wir wollen diese Dimensionen in der Plenarsitzung systematisch-vergleichend diskutieren, um ein soziologisches Verständnis der Dynamiken von Transitionen am Beispiel der Energiewende zu verfeinern. Wir bitten daher um konzeptionelle und empirische Beitragsvorschläge, die folgende Fragen thematisieren:

- Welche normativen Orientierungen prägen die aktuellen Dynamiken der Energiewende?
- Welche Dynamiken der Normenbildung zwischen heterogenen Akteuren sind kennzeichnend für diese Transition?
- Wie werden bestehende und neue, technische, soziale und organisationale Infrastrukturen miteinander verknüpft?
- Welche Dynamiken (etwa der Pfadverriegelung, der Kreation oder des Bruchs) kennzeichnen Prozesse der kontinuierlichen Infrastrukturierung in der Energiewende?
- Welche informellen und organisierten Dynamiken der Anerkennung und des Ab- und Ausschließens von Akteuren und Gruppen lassen sich feststellen?
- Welche Prozesse der Akzeptanzsicherung und Legitimierung oder der Durchsetzung kennzeichnen diese Transition?

Ausrichtende DGS-Sektionen und Arbeitskreise:

Organisationssoziologie

Wissenschafts- und Technikforschung

Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie

AK Normativitäten in der Sektion Soziologische Theorie

Jury:

Robert Jungmann

jungmann@uni-trier.de

Marc Mölders

moelders@uni-mainz.de

Rasante, zähe Transitionen

Temporalität und (Un-)Verfügbarkeit als Parameter gesellschaftlicher Veränderung

Transitionen werden gesellschaftlich gemeinhin mit Blick auf ein »Davor« und »Danach« als Veränderungsmomente markiert. Auch die wissenschaftliche Beobachtung von Transitionsprozessen nutzt diese Heuristik des Vergleichs zweier Zustände mit zeitlichem Abstand. Transitionen beinhalten notwendigerweise einen zeitlichen Aspekt und damit auch bestimmte Vorstellungen der Temporalität von Veränderungen (von – zu, nicht mehr – noch nicht, noch – schon ...). Um die Dauer und Geschwindigkeit von Übergängen sowie deren Steuerbarkeit entspinnen sich zahlreiche gesellschaftliche Diskurse, Debatten, Konflikte und Praxisfelder. So werden Transitionen unter anderem als Einbrüche, Beschleunigung, »Erdrutsche« problematisiert, aber auch als zäh, stockend oder starr. In solchen Problematisierungen wird die Frage der (Un-)Verfügbarkeit gesellschaftlicher Transitionen als virulentes Thema erkennbar. Das Plenum macht diesen Zusammenhang zwischen der Temporalität von sozialen Dynamiken und einem bedingten Eigensinn von Transitionen zum Thema.

Die Zeitlichkeit sozialer Übergänge entfaltet sich nicht allein sequenziell und linear, sondern kann genauso von Ungleichzeitigkeiten, sich überlagernden zeitlichen Rhythmen unterschiedlicher Geschwindigkeit oder Erschütterungen durch temporäre Ereignisse geprägt sein. Hierin liegt eine Unverfügbarkeit eigener Art. Daneben kann die Kontrollierbarkeit, Steuerbarkeit und Verfügbarkeit von Transitionen aber auch durch Spannungsverhältnisse zwischen mikro- und makrosozialen Zusammenhängen bedingt sein: So ist zum Beispiel ein struktureller Übergang von einer analogen zur digitalisierten Gesellschaft durchaus als individuelle Praxis und Erfahrung relevant und real – etwa durch Veränderungen in der Erwerbsarbeit, der Bildung, in der kulturellen Sphäre von Unterhaltung, beim Konsum oder bei privaten Beziehungen – doch ist die gesamtgesellschaftliche Transition in diesen Formen weder überblickbar noch verfügbar. Dies ruft die alte Frage nach dem Verhältnis von Praxis und Struktur oder von faktischer lebensweltlicher Gegenwart und historischer Kontingenz auf. Schließlich werden Fragen der Zeitlichkeit, Verfügbarkeit und Kontrolle über Transitionen auch Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – etwa mit Blick auf die Frage, welche sozialen Gruppen oder gesellschaftlichen Kräfte Transitionsprozesse steuern, befeuern oder aber verhindern.

Das Plenum knüpft damit an Grundfragen der Soziologie an und stellt sie in Bezug auf die Temporalität von Transition(en) neu. Dabei können gleichermaßen alte wie neue konzeptuelle Zugänge ins Spiel kommen, etwa die einer »prozessualen« Soziologie, der historisch orientierten Soziologie zum Beispiel von Norbert Elias oder post-strukturalistische Ansätze, die den temporalen Eigensinn von Wissen und Diskursen betonen wie von Judith Butler. Zu denken wäre aber auch an Ansätze der Arbeits- und Industriesoziologie, Lebensverlaufsforschung, Migrationsforschung, Geschlechterforschung, Bildungsforschung, die alle mit Formen des Übergangs / der Transitionen zu tun haben.

Mit der doppelten Perspektive auf (Un-)Verfügbarkeit und Temporalität will das Plenum sich auch mit gegenwärtigen lebensweltlichen oder aktivistischen Vorstellungen von der Verfügbarkeit sozialen Wandels kritisch auseinandersetzen. Konkret zum Beispiel ließe sich fragen, welchen etwa voluntaristischen Normen Praxen und Rahmungen von »Gender-Transitionen« folgen oder wie derzeit populistische politische Mobilisierungen spezifische Phantasien der Kontrolle gesellschaftlichen Wandels aktivieren (zum Beispiel »gesteuerte« Migration). Damit rückt auch die Frage nach einer Inszenierung von Temporalität als Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick, wie wir sie zum Beispiel während der Covid-Pandemie erlebt haben, und sich als Gestus atemloser Dringlichkeit ebenso beschreiben lässt wie als demonstrative Gelassenheit.

Das Plenum lädt Beiträge ein, die, gleich welcher Methoden der Sozialforschung sie sich bedienen, empirisch fundiert und theoretisch ambitioniert das Thema der Temporalität und (Un-)Verfügbarkeit sozialer Transitionen ausleuchten.

Verantwortlich im Vorstand:

Paula-Irene Villa, Tobias Boll, Diana Lengersdorf

Jury:

Sarah Speck

s.speck@soz.uni-frankfurt.de

Oliver Dimbath

dimbath@uni-koblenz.de

Transition: Begriffsklärungen und Theoriekonzepte

Der Kongresstitel scheint zunächst recht evident – wir leben offensichtlich in einer Zeit des Wandels, der Veränderungen, der Übergänge oder der *Transitionen*. Indes, was dieser Begriff genau beinhaltet, wird erst herauszuarbeiten sein. Das Plenum will soziologische Begriffsarbeit leisten, im Ziel, den (Kongress-)titelgebenden Begriff der Transition auf sein theoretisches und heuristisches Potential hin zu befragen.

Im alltagsweltlichen *common sense* wird bei Transition wohl zunächst vor allem an Geschlechtertransformationen (transgender) gedacht. Im soziologischen Sprachgebrauch taucht der Begriff der Transition dagegen bislang nur punktuell auf. So fällt hierzulande unter dem Titel der Transition am ehesten die Erforschung biographischer Aspekte von Sozialität auf. Anderswo, in der französischen Soziologie, gibt es zwar bereits eine »sociologie des transitions«, aber doch in recht spezieller Ausrichtung, nämlich als begleitende Forschung zu energetischen und agrarischen Transformationen im Zuge des Klimawandels und noch spezifischer ist diese »Transitionsoziologie« eine der ökonomischen Transformation Chinas, wie bei Corinne Gendron 2015 beziehungsweise Aurore Merle und Zhang Lun 2007 in den *Cahiers internationaux de Sociologie* nachzulesen ist.

Allgemeinere Begriffe der Transition sind dagegen eher in anderen Disziplinen entfaltet. Das gilt vor allem für die klassische Kultur- und Sozialanthropologie: Arnold van Gennep und Victor Turner adressieren unter den Begriffen der *passage* beziehungsweise *transition* Momente des individuellen und kollektiven Übergangs. Als *rites de passage* hat Arnold van Gennep 1908 die kollektive Organisation der Übergänge zwischen der profanen und sakralen Welt, zwischen Generationen und Statusgruppen usw. klassifiziert. Im Anschluss an ihn hat Victor Turner 1969 in *Das Ritual* die Unbestimmtheit der dabei entstehenden Momente des Zwischens, der »Liminalität« hervorgehoben: Soziale Transitionen seien von Ambiguität, Uneindeutigkeit oder Unentschiedenheit geprägt. In ihnen erhalten die Subjekte für eine bestimmte Zeit den Status von »Grenzgängern«, von »Schwellenwesen«, von Figuren, die sich »zwischen den vom Gesetz, der Tradition, der Konvention und dem Zeremonial fixierten Positionen« befinden.

Später haben poststrukturalistische (und postmarxistische) Autoren wie Cornelius Castoriadis und Gilles Deleuze allgemeinere Konzepte gesellschaftlicher Transition entfaltet, wenn auch unter anderen Buchstaben: So geht es Castoriadis in den 1970ern um die permanente Selbstveränderung

von Gesellschaft und um deren imaginäre Instituierung oder Fixierung; und Deleuze entfaltet zeitgleich Begriffe, die ständige und unvorhersehbare Veränderung oder ›Werden‹ ganz allgemein in den Vordergrund rücken. Begriffe des Übergangs finden sich danach schließlich auch in postkolonialen Theorien, nun auch als räumliche Metaphern des buchstäblichen Übertritts oder des *Übergangs*. Hier stehen jene Mobilitäten (von Konzepten wie von Akteuren) im Vordergrund, die postkoloniale kulturelle »Zwischenräume« (Homi K. Bhabha) oder eine »translationale« Gesellschaft (Stuart Hall) erzeugen. Bhabha hat in *Über kulturelle Hybridität* auch darauf hingewiesen, dass die Beschreibung von Transitionen oder Übergängen letztlich eine Frage der Perspektive ist: Die Wahl solcher Begriffe und Konzepte entspringt dem Vorhaben, Momente des Übergangs »festzuhalten«, sie zu »verlangsamen«, um ein bestimmtes »Problem, ein Moment, ein Ereignis« besser oder überhaupt zu sehen.

Im Anschluss an solche und weitere Konzepte lädt das Plenum dazu ein, am und mit dem Begriff der Transition zu arbeiten. Erlauben diese Begriffe (des Übergangs, der Schwelle und des Zwischen, der Transition), individuelle, institutionelle und gesellschaftliche Prozesse und Ereignisse auf andere Weise zu fassen, als es die bisherigen Begriffe (der Evolution, der Transformation, der Revolution oder des sozialen Wandels) vermögen – und ebenso anders als bisherige Prozess-Begriffe (Rationalisierung, Zivilisierung, Differenzierung usw.)? Erlauben sie Gesellschaftsanalysen, die die Unklarheit der zeitgenössischen Situation, die Krisenerfahrungen der Gegenwart, die Zukunftsängste und -paniken in Bezug etwa auf Demokratie und Ökologie in den Blick rücken; oder solche, die die Unvorhersehbarkeit und das permanente Anders-Werden, die Unbestimmtheit des Sozialen schlechthin artikulieren? Es geht in diesem Plenum ausdrücklich um Begriffe und Konzepte, nicht ohne aber den Blick auf empirische Phänomene zu richten, nicht ohne auch geeignete methodische Vorgehensweisen anzudeuten oder/und methodologische Reflexionen einzubauen.

Verantwortlich im Vorstand:

Heike Delitz, Uta Karstein

Jury:

Franka Schäfer

Robert Seyfert

franka.schaefer@fernuni-hagen.de

seyfert@soziologie.uni-kiel.de

Transitionspolitik

Transitionen lassen sich, wie es im Themenpapier zum 42. DGS-Kongress heißt, als »fundamentale gesellschaftliche Umbrüche« verstehen – als tiefgreifende und ergebnisoffene Veränderungen, die verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Ordnung, einschließlich ihrer Gesellschaft-Natur-Verhältnisse, gleichzeitig betreffen. Sie übersteigen damit den unmittelbaren Wirkungsbereich von Gesetzen, Regeln, formalen Normen und expliziter Kommunikation. Sie umfassen weitere Dimensionen der sozial-kulturell-materiellen Gefüge, über die sich gesellschaftliche Ordnungen konstituieren, wie etwa Ästhetiken, Lebensstile, Konsummuster, Alltagspraktiken, Subjekt-konstruktionen/Identitäten, Ethiken und Werte, implizite Selbstverständlichkeiten, materielle Infrastrukturen, Technologien, geteilte Wissensbestände oder gelebte Ontologien. In Prozessen der Transition werden kollektive Ordnungen häufig auch gleichzeitig in verschiedenen dieser Dimensionen problematisiert, umkämpft und mehr oder minder erfolgreiche Versuche ihrer Veränderung und Gestaltung angestellt. Beispiele dafür sind etwa Wandlungsprozesse im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der digitalen Transformation, Globalisierung, Geschlechtergerechtigkeit oder Kämpfe um demokratische Ordnungsformen der Gesellschaft.

Dieses Plenum fokussiert auf Formen des Politischen, die mit solchen Transitionen verbunden sind – es geht um *Transitionspolitik*. Sie findet nicht nur in den Institutionen des »politischen Systems« statt – von sozialen Bewegungen, Medien öffentlicher Kommunikation und Parteien über Parlamente bis zu Regierungen und Verwaltungen – und sie ist auch nicht auf die klassischen Medien der Politik wie sprachliche Kommunikation und die Verhandlung von Normen beschränkt. Sie findet auch in Kunst, in Wissenschaft, in Technologieentwicklung, im Alltag statt – immer dort, wo kollektiv praktizierte Realitäten in Frage gestellt werden, Alternativen formuliert, demonstriert, installiert werden, wo Versuche gemacht werden, Normalitäten aufzubrechen und neu zu etablieren oder unausweichlich scheinende Veränderungen in bestimmte Richtungen zu lenken. Interessiert man sich für Transitionspolitik, so interessiert man sich entsprechend für Fragen folgender Art: Wo treffen wir auf Strategien, Taktiken und Praktiken der Problematisierung und Gestaltung von Transitionsprozessen, und wie sehen diese aus? Wie können wir sie (soziologisch) untersuchen? Und wie lässt sich soziologisch dazu beitragen, diese wiederum – reflexiv – zu gestalten?

Ein derart erweitertes Verständnis von gesellschaftlicher Ordnung und ihrer Politik ist konzeptionell mit dem »cultural turn« verbunden (auch: poststrukturalistische Theorie, Feministische Theorie, Science and Technology Studies, Postcolonial Studies). Danach erstreckt sich Politik etwa auch auf die Problematisierung und Gestaltung von Sinnesordnungen, Affektmustern, Sprechweisen, wissenschaftlichen Fakten, materiellen Ordnungen und Weltbildern. In Bezug auf Transitions politik wird dies Verständnis konkret, empirisch und relevant für die reflexive Navigation aktueller gesellschaftlicher Umbrüche.

Interessiert man sich für Transitions politik, so rücken insbesondere komplexe Wechselwirkungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Denn umkämpfte »Ordnungsbaustellen« in verschiedenen Dimensionen stehen miteinander in unhintergehbarem Zusammenhang und folgen mitunter irreduziblen Eigenlogiken. Wenn wir verfolgen und verstehen wollen, wie Transitionen ablaufen und gestaltet werden, müssen wir also erfassen, wie Ordnungen des Zusammenlebens in verschiedenen Dimensionen jeweils auf spezifische Weise problematisiert und kollektiv gestaltet werden und wie diese Prozesse miteinander in Verbindung stehen.

Dazu gehört dann zum Beispiel sowohl die Großbaustelle der »Öffnung« von Wissenschaft für »die Gesellschaft« mit widerstreitenden Orientierungen auf Ökonomisierung und Demokratisierung wie auch das umkämpfte Feld der »Digitalisierung« mit der Herausbildung eines »smartness mandate«, inklusive entsprechender Kritiken und Widerstände. Es gehört auch die Umordnung der Kunst dazu, mit der Infragestellung von Autonomie, der Orientierung auf Partizipation und der Verflechtung mit Wissenschaft, Politik und Design. Es gehören Baustellen im Bereich von Identitäts-, Lebensstil- und Alltagsordnungen dazu, die – sei es als Selbstbezeichnung oder als Fremdzuschreibung – mit Begriffen wie »Wokeness«, Veganismus oder Queerness umschrieben werden und entsprechende Gegenbewegungen hervorbringen. Transitionsprozesse erfassen auch die moderne Ontologie des Mensch-Natur Verhältnisses zwischen neo-modernistischem Transhumanismus und relational-ökologischer Dezentrierung des Menschen auf einem Konfliktfeld, das sich quer zu Philosophie, Anthropologie, Kunst, Religion und Spiritualität, Alltags-Vergemeinschaftungen und weiteren Sphären erstreckt. Schließlich gehört die Krise der institutionalisierten Politik und der Demokratie selbst dazu – und die Suche nach neuen Ordnungen der reflexiven Ordnungsgestaltung für unterschiedliche Gemeinwesen, auf verschiedenen Skalen, im Spannungsfeld von intersektionalen Egalitäts- und Inklusionsbestrebungen, völkischem Autoritarismus und globaler Technokratie. Mit all diesen Beispielen sei jedoch

lediglich exemplarisch das Spektrum angedeutet, über das sich Ordnungs-
umbrüche im Kontext von Transitionsprozessen vollziehen. Das Panel lädt
vor diesem Hintergrund zu einer Diskussion unter anderem der folgenden
Fragen ein:

1. Wo und wie finden wir die Politik von Transitionsprozessen? Wie kön-
nen wir sie (soziologisch) untersuchen und reflexiv gestalten?
2. Wo und wie werden – in und quer zu verschiedenen Dimensionen – kol-
lektive Ordnungen problematisiert, umkämpft und gestaltet – diesseits
und jenseits der Grenzen dessen, was als »politisches System« gilt?
3. Wo und wie werden im Zuge mehrdimensionaler Transitionsprozesse
kollektive Ordnungsentscheidungen getroffen beziehungsweise wie
kommen sie zustande?
4. Wie spielen Prozesse in verschiedenen Ordnungsdimensionen zusam-
men oder gegeneinander?
5. Wie sind Prozesse der Ordnungsgestaltung selbst geordnet – in und quer
zu verschiedenen Dimensionen kollektiver Ordnung?
6. Inwieweit differieren unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte hin-
sichtlich der Art und Weise, in der problematisierend und gestaltend auf
Transitionsprozesse zugegriffen wird? Lassen sich global unterschiedliche
»Modi von Politik« beobachten, und worauf basieren gegebenen-
falls ihre Differenzen?
7. Lassen sich Kriterien angeben, nach denen Prozesse der multidimensio-
nal verteilten Transitionspolitik normativ bewertet, problematisiert und
kritisiert werden können?
8. Welche Rolle spielt Demokratie in diesem Zusammenhang? Wenn ja,
welche Art von Demokratie? Oder treten jenseits der Demokratie auch
andere Ordnungskonzepte für politische Prozesse hervor?

Wir freuen uns über Beiträge, die Fragen der oben skizzierten Art adressie-
ren, und bitten um aussagekräftige Abstracts von max. 500 Wörtern.

Ausrichtende DGS-Sektionen:

Europasozio­logie

Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie

Politische Soziologie

Wissenschafts- und Technikforschung

Soziologische Theorie

Jury:

Jan-Peter Voß

jan-peter.voss@humtec.rwth-aachen.de

Cordula Kropp

cordula.kropp@sowi.uni-stuttgart.de

Wissenschaftliche Autorität in Zeiten neuer Autoritarismen

Politische Verantwortung und Politisierbarkeit der Soziologie

Gemessen an ihrer Sichtbarkeit, ihrer Außenwirkung und ihrem Einfluss auf gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Debatten ist die Soziologie gegenwärtig in vergleichsweise guter Verfassung. Hierfür sprechen jedenfalls eine Reihe von Indikatoren, etwa die Präsenz des Fachs in Bestsellerlisten und dem Feuilleton oder die Durchdringung unterschiedlicher Handlungsbereiche und Diskursarenen mit soziologischen Konzepten und Erkenntnissen. Die mediale Nachfrage nach soziologischer Expertise ist stark. Das »Durchsickern« soziologischen Wissens geht allerdings mit der unausweichlichen Unkontrollierbarkeit dieses Wissens einher: In welcher Form und zu welchen (ursprünglichen Intentionen möglicherweise diametral zuwiderlaufenden) Zwecken gesellschaftlich auf welches soziologische Wissen wie und von wem zurückgegriffen wird, entzieht sich (logischerweise) dem Zugriff der Disziplin. Die Deutungshoheit der Soziologie über ihre Gegenstände wird bereits in dem Moment prekär, in dem sie diese in öffentlichkeitsrelevanter Weise als solche markiert und bearbeitet.

Dabei ist es nicht zuletzt die »Polykrise« der Gegenwart, die (wieder) ein breiteres Bewusstsein für die Notwendigkeit und Relevanz sozialwissenschaftlicher Expertise befördert und so eine entsprechende Nachfrage auf Seiten diverser Akteur*innen erzeugt. Dabei werden den Wissenschaften (einschließlich der Soziologie) bisweilen eigentlich politische, ethische oder zivilgesellschaftliche (Entscheidungs-)Probleme in der Erwartung vorgelegt, diese mögen Kraft ihrer zugesprochenen Autorität abschließende Lösungen präsentieren. Aus dieser Gemengelage ergeben sich neu zu stellende Fragen nach der Politisierbarkeit und der politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Verantwortung der Soziologie, die seit dem Streit um die Werturteilsfreiheit zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Konfliktkanon des Faches gehören. Inwiefern diese Fragen »alt« oder »neu« sind und ob (beziehungsweise in welchem Maße) die Soziologie in ihrer Expertise als »Autorität« zu verstehen ist, ist selbst streitbares (reflexives) Wissen und Gegenstand soziologischer Debatten, die das Plenum fortführen möchte. Dabei liegt der Fokus auf der Frage nach der Rolle wissenschaftlicher Autorität in nach Feldern und Kontexten variierenden Prozessen der Transition hin zu autoritären Verhältnissen. Diese Dynamik wollen wir im Hinblick auf zwei Tendenzen weiter ausleuchten:

Erstens erleben wir in den vergangenen Jahren eine deutlich hörbare Infragestellung wissenschaftlicher Expertise zugunsten »alternativer« Wissensformen. Diese Diagnose geht einerseits zurück auf reflexive Demokratisierungsprozesse, bei denen wissenschaftliches Wissen lebensweltlich befragt und kritisch bewertet wird (zum Beispiel Gesundheitsbewegungen oder anti-rassistische Kritik). Andererseits erhält sie, gewissermaßen als Kehrseite, zusätzliches soziologisches und gesellschaftliches Gewicht durch die Zunahme autoritärer (gesellschafts-)politischer Tendenzen – auf globaler Ebene in variierendem Maße, nach Einschätzung vieler Beobachter*innen aber auch in westlichen Demokratien und »hierzulande«. Mit der womöglich neu gewonnenen Autorität soziologischen Wissens müssen Soziolog*innen neuerdings in verstärktem Ausmaß in breiteren öffentlichen Diskursen ihre eigene Expertise legitimieren und ihre Forschungsthemen und -zugänge verteidigen. Soziale Kampffelder wie die Geschlechterforschung, die Sozial- und Migrationspolitik sowie Debatten zu öffentlicher »Sicherheit« und Fragen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sind hier im besonderen Maße betroffen. Wo sich auf diesen Feldern regressive Politiken mit der Infragestellung wissenschaftlicher Autorität paaren, werden zugleich die Voraussetzungen und Bedingungen autonomer Wissenschaft selbst fragil.

Zweitens stellt sich die Frage, inwiefern – unter welchen Bedingungen und in welchen Formen – die Soziologie und soziologisches Wissen instrumentalisierbar sind und bereits instrumentalisiert werden, zum Beispiel wenn Ergebnisse soziologischer Analyse aus dem Kontext gerissen oder in unterkomplexer Weise präsentiert werden. So droht dem Fach ein paradoxer Effekt: Auf der einen Seite ist es gerade die öffentliche Anerkennung des Fachs und seiner Vertreter*innen, die derartige Instrumentalisierungen attraktiv erscheinen lassen; auf der anderen Seite kann diese Indienstnahme der Soziologie jedoch, sofern sie mit einem Verlust der Autonomie der Disziplin einhergeht, gerade als ein Autoritätsverlust (beziehungsweise als dessen Ursache) beobachtet werden.

Im Rahmen des Plenums sollen theoretische Überlegungen und/oder empirische Forschungen zur gesellschaftlichen Relevanz und Politisierbarkeit der Soziologie diskutiert werden. Das Plenum fragt also nicht so sehr nach der aktiven politischen und/oder kritischen Positionierung der Soziologie als solcher, vielmehr geht es um die Rückseite derartiger (Nicht-)Positionierungen: um die Frage nach möglichen Haltungen zu normativ geprägten Instrumentalisierungen soziologischen Wissens, mit denen das Fach und seine Vertreter*innen aus anderen gesellschaftlichen Feldern konfrontiert

werden. Beiträge, die sich diesen Fragen nicht lediglich am deutschen Beispiel zuwenden, sind besonders erwünscht.

Verantwortlich im Vorstand:
Daniel Witte, Julia Hahmann

Jury:

Stephan Lessenich
Jasmin Siri

lessenich@soz.uni-frankfurt.de
jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de

Informationen zur Ausrichtung einer Ad-hoc-Gruppe

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und die Duisburger Organisator:innen freuen sich über Anträge auf die Ausrichtung einer Ad-hoc-Gruppe. Bitte reichen Sie Ihren Antrag zwischen dem 1. und 28. Februar 2025 über die Konferenzplattform Conftool ein und beachten Sie dazu die Informationen auf unserer Homepage. Eine Einreichung nach dem Ablauf der Frist ist leider nicht möglich. Bitte stellen Sie möglichst konkret und prägnant dar, worum es in der Ad-hoc-Gruppe gehen soll. Aus dem Antrag auf die Ausrichtung einer Ad-hoc-Gruppe sollen folgende Punkte deutlich hervorgehen:

- die besondere Aktualität oder Relevanz des Themas oder die Passung zum Kongressthema
- die methodischen und theoretischen Bezüge der Sitzung/des Themas
- die Passung des geplanten Programms (zum Beispiel Vorträge, Podiumsdiskussion) zur Sitzungsdauer (2 Stunden und 45 Minuten).

Bitte nennen Sie außerdem gegebenenfalls bereits angefragte Referent:innen nebst ihren geplanten Vortragsthemen. Die Nennung von Referent:innen ist erwünscht, allerdings keine notwendige Voraussetzung für die Bewilligung Ihres Antrags. Der Antrag darf maximal 5.000 Zeichen umfassen.

Bitte denken Sie daran, dass die Organisator:innen einer Ad-hoc-Gruppe Mitglieder der DGS sein müssen. Beachten Sie außerdem, dass die Organisator:innen der Ad-hoc-Gruppe unter dem Reiter »Vortragende« eingetragen werden müssen. Angefragte Referent:innen können Sie im Antrag oder unter den Anmerkungen an das Programmkomitee nennen.

Leider kann nur eine begrenzte Zahl an Ad-hoc-Gruppen zum Kongress zugelassen werden. Über Annahme oder Ablehnung entscheidet der Vorstand der DGS in Zusammenarbeit mit den lokalen Organisator:innen bis Ende März 2025. Im Fall der Annahme Ihres Vorschlags müssen Namen der Referent:innen, Vortragstitel sowie die Abstracts bis zum 11. Mai 2025 über Conftool eingereicht werden. Weitere Informationen erhalten Sie nach Ihrem Bescheid über Annahme/Ablehnung der Ad-hoc-Gruppe.

Zugunsten einer möglichst breiten Vielfalt werden pro Person insgesamt höchstens zwei Vorträge auf dem Kongress zugelassen. Die reine Veranstalterschaft mit nur einführenden Worten ist hiervon ausgenommen.

Die jeweiligen genauen Termine werden Anfang Juni 2025 durch die lokalen Organisator:innen zugewiesen.

Durchführung der DGS-Gremienwahlen

Die nächsten Wahlen zu Vorsitz, Vorstand, der Hälfte des Konzils und des studentischen Beirats finden online zwischen dem 21. Januar und 18. Februar 2025 statt.

Aus dem DGS-Vorstand

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, das (DGS Kongress-)Jahr 2025 beginnt Ende Januar mit den turnusgemäß stattfindenden Gremienwahlen. Neben einem neuen Vorstand und der Wahl des halben Konzils sowie dem studentischen Beirat, wird auch ein:e neue:r Vorsitzende gewählt. Diesmal stehen von den Sektionen nominiert Monika Wohlrab-Sahr und vom Vorstand nominiert Jörg Strübing zur Wahl.

Spannend war in jedem Fall die gelungene Konferenz *Klassen, Klassifikationen und Klassifizierungen*, die im September 2024 an der Universität Osnabrück stattfand und noch einmal verdeutlicht hat, wie unverzichtbar und wissenschaftlich fruchtbar analoge Zusammenkünfte für die *scientific community* sind (530 Teilnehmer:innen!) – ein großer Dank dafür an Lars Gertenbach, Gloria Sherif und das gesamte Osnabrücker Team sowie die beteiligten Sektionen!

Entsprechend freuen wir uns schon sehr auf den kommenden DGS-Kongress in Duisburg, der vom 22. bis 26. September mit dem Titel *Transitionen* als Leitbegriff vor allem die *Verläufe und Dynamiken* gesellschaftlicher, institutioneller wie individueller Veränderungen in ihren unterschiedlichen Qualitäten fokussieren möchte. Das Themenpapier dazu konnten Sie bereits in der vorletzten Ausgabe der SOZIOLOGIE lesen, die Plenarcalls haben Sie auf den vorigen Seiten gesehen. Und für den Kongress im nächsten Jahr haben wir bereits Ort und Zeit gefunden: Er wird vom 28. September bis 2. Oktober 2026 an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz stattfinden.

Anfang Mai 2024 wurden die Ergebnisse des *CHE-Rankings* veröffentlicht – in diesem Jahr zum ersten Mal wieder mit Daten zur Soziologie, die Sie in diesem und im letzten Heft der SOZIOLOGIE sowie auf der Homepage der ZEIT einsehen können. Da es immer wieder Nachfragen dazu gab, haben wir eine Stellungnahme zum Wiedereinstieg formuliert, die Sie hier im Heft auf den nächsten Seiten finden.

Kontrovers und für viele besorgniserregend war die Eröffnungsveranstaltung des ESA-Kongresses in Porto (27. bis 30. August 2024), die zum Teil als Eklat wahrgenommen wurde. Der bekannte Soziologe Michael Burawoy (ehemals ASA und ISA Präsident) hielt einen aus unserer Sicht problematischen Vortrag, in dem er Israel als »Apartheid«-Staat bezeichnete, und dabei zum Teil antisemitische Rhetorik nutzte. Der Vortrag wurde von der anwesenden Fachcommunity unterschiedlich wahrgenommen, es gab auch viel Zustimmung im Saal. Auf Social Media wurde, auch von deutschen

Kolleg:innen, öffentlich Kritik geäußert. Für den Vorstand der DGS waren Diana Lengersdorf und Daniel Witte mit mir vor Ort – Witte, im Vorstand Beauftragter für Internationale Beziehungen, fand die teils euphorische Zustimmung des Publikums ebenso irritierend wie den Vortrag selbst. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut auf unseren SozBlog hinweisen, auf dem wir das Thema Antisemitismus in einer umfangreichen Serie aufgegriffen haben.¹

Uneingeschränkt erfreulich ist, dass für den Ausschuss »Soziologie in Schule und Lehre« Prof. Dr. Michael Feldhaus von der Universität Oldenburg als Mitglied gewonnen werden konnte; das Konzil hat Michael Feldhaus auf der DGS Herbsttagung im Oktober aufgenommen.

Gerne möchte ich die Gelegenheit nutzen und auf unsere letzte digitale Mitgliederversammlung zu sprechen kommen: Leider haben wir aus technischen Gründen eine maximal anonymisierte Variante für die Sitzung auswählen *müssen*, mit der wir aber alle (glaube ich) nicht glücklich waren. Leider haben sich anscheinend wegen der digitalen Form auch nur sehr wenige an der Versammlung beteiligt. Umso mehr danken wir allen, die dabei sein konnten! Beim nächsten Mal tagen wir wieder analog auf dem Kongress in Duisburg.

Ansonsten gilt wie immer: *We'll keep you informed!* Beachten Sie unsere Präsenz in den sozialen Medien, alle wichtigen Infos über Stellenausschreibungen, Neuerscheinungen, Tagungen oder medialen Einlassungen von Soziolog:innen finden Sie auf Mastodon – unter derselben Adresse wie bei X [@DGSoziologie], bei Instagram, facebook und bluesky. Wir nehmen dafür gern Ihre Hinweise entgegen. Auch um die Kommunikationen zwischen den DGS-Sektionen besser zu gestalten, können auf unseren Kanälen die Veranstaltungen der einzelnen Sektionen sehr gut nachverfolgt werden. Natürlich wird die Social Media Präsenz der DGS wie auch unsere Homepage www.sociologie.de stets auf dem neuesten Stand gehalten.

Wenn Sie etwas wissen oder kommentieren möchten, melden Sie sich bei der Geschäftsstelle. Marcel Siepmann (marcel.siepmann@soziologie.de oder marcel.siepmann@kwi-nrw.de, beide Adressen bleiben vorerst gültig) ist Ihr/Euer Ansprechpartner, insbesondere hinsichtlich organisatorischer und verbandsinterner Abläufe. Alle Vorstandsmitglieder sind selbstverständlich auch ansprechbar, Sie finden uns über die Website.

Herzliche Grüße, auch im Namen der Vorstandskolleg:innen,
Paula-Irene Villa Braslavsky

1 <https://blog.sociologie.de/2024/10/in-eigener-sache/>

Stellungnahme der DGS zum CHE-Ranking

Sehr geehrte Kolleg*innen,

Anfang Mai wurden die Ergebnisse des CHE-Rankings veröffentlicht – in diesem Jahr zum ersten Mal wieder mit Daten zur Soziologie, die Sie auf der Homepage der ZEIT einsehen können. Die Entscheidung zum Wiedereinstieg ist nach langen Diskussionen im Fach und unter Teilnahme verschiedener Vertreter*innen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Akademie für Soziologie und des Berufsverbands Deutscher Soziologinnen und Soziologen erfolgt. Die Vorbereitung und Datenerhebung im letzten Jahr wurde durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet, unter anderem mit Jörg Blasius und mit Stephan Lessenich als Vertreter für die DGS. Er hat eine erweiterte Stellungnahme zum Wiedereinstieg vorgenommen:

»In mehreren Runden haben wir sowohl die Stichprobenziehung, den Fragebogen als auch die Auswertung grundlegend überarbeitet. Bei der Befragung wurden viele Fragen so umformuliert, dass sie eindeutig zu verstehen sind, z.T. dass auch ermöglicht wird, sinnvolle sozialwissenschaftliche Skalen zu konstruieren, z.B. mit Hilfe der Hauptkomponentenanalyse. Im Rahmen dieser Neuausrichtung wurde auf viele Fragen verzichtet, andere wurden neu aufgenommen. Bei der Stichprobenziehung wurde vereinbart, dass alle Studierenden angeschrieben und zweimal »gemahnt« werden. Die benötigten Angaben für die Befragung werden vorab von CHE erfragt; dies ist für 2023 anscheinend auch sehr gut gelungen [...]. Zukünftig werden auch dann Mahnungen ausgesprochen, wenn gedacht wird, dass auf der absoluten Ebene schon ausreichend Fragebögen vorhanden sind. Des Weiteren wurden Mindestquoten festgelegt (absolut und prozentual), ab denen eine Auswertung für einen Fachbereich/eine Universität zulässig ist. Diese Vorgehensweisen sollten zu einer deutlichen Erhöhung der Nettostichprobe führen; die Weitergabe an eine ausgewählte Teilgruppe an Studierenden (z.B. SHKs) ist nicht mehr möglich, Verzerrungen aufgrund des Samplings sollten damit weitgehend ausgeschlossen werden. Auch die Auswertung wurde grundlegend modifiziert, weg von »genauen« Angaben und Vergleichen auf Hinterkommastellen, die überhaupt nicht zulässig sind. Vereinbart wurde eine Klassifikation in Gruppen, die für Studierende eine wesentliche bessere Orientierung bieten sollte. Zur Skalenbildung und den genaueren Auswertungsverfahren gibt es eine kleine AG, die aus Tobias Wolbring, Mark Hüsch (CHE-Mitarbeiter) und mir besteht. Wir wollen die erhobenen Daten auch

exemplarisch auswerten und einen kleinen Bericht schreiben, der, bei Interesse, in der SOZIOLOGIE publiziert werden könnte. Mit der neuen Art der Auswertung wird auch verhindert, dass zufällige Ergebnisse ausgewiesen werden, die wenig sinnvoll sind, z.B. extrem positive Angaben mit einer sehr geringen Standardabweichung, die dann auf 10 oder noch weniger Studierenden basiert (sehr wahrscheinlich ausgewählten SHKs). Nach diesen deutlichen Veränderungen steht von meiner Seite einer Teilnahme bei CHE nichts mehr im Wege, alle meine damaligen Kritikpunkte an der Befragung (Erhebung der Daten und Auswertung) wurden behoben.«

Wie in der Stellungnahme benannt, werden in den folgenden Monaten zwei Artikel zum CHE-Ranking in der SOZIOLOGIE publiziert werden.* Der erste ist für die Oktober-Ausgabe geplant soll inhaltlich den generellen Prozess bis zum Start der Erhebungen und die Weiterentwicklung der Methodik bei den Faktenindikatoren und bei der Studierendenbefragung beleuchten.

Für den Vorstand der DGS
Julia Hahmann

Essen, 4. September 2024

* *Anm. der Redaktion:* Siehe Berghoff et al. auf S. 446 ff. in Heft 4/2024 und den Beitrag von Blasius et al. auf S. 58 ff. in diesem Heft.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dr. Diego Alburez-Gutierrez, Rostock
Dr. des. Robert Aust, Wittenberg
Dr. Julia Becher, Frankfurt am Main
Leonard Beigel, M.A., Regensburg
Sarra Bock, Dortmund
Douglas Carvalho Ribeiro, Hamburg
Susanne Enssen, M.A., Duisburg
Katharina Gies, Flensburg
Denis Dominik Haag, M.A., Darmstadt
Farah Hasan, Berlin
Dr. Cornelius Heimstädt, Berlin
Simeon Jäh, M.A., Ludwigsburg
Dr. Markus Kohlmeier, Reykjavík
Dr. Ayat Mirzaie, Bochum
Elodie Müller, M.A, Münster
Philipp Rediger, Leipzig
Dr. Annerose Tress, Friedrichshafen
Ferenc Vasvari, Seelze
Dr. Lisa Walther, Hannover

Neue studentische Mitglieder

Lea Henrich, Jena
Leah Rollny, B.A., Gießen
Paul Schweppe, Bielefeld
Ganymed Stark, Jena

Austritte

Asli Can Ayten, M.A., Münster
Dr. Désirée Bender, Hochheim am Main
Jana Berg, M.A., Hannover
Prof. Dr. Silke Bothfeld, Bremen
Jakob Eisemann, Berlin
Prof. Dr. Dorett Funcke, Hagen
Dr. Lisa Johnson, Nürnberg
Prof. Dr. Serhat Karakayali, Lüneburg
Dr. Nora Kottmann, Tokyo
Prof. Dr. Martin Kronauer, Berlin
PD Dr. Thomas Kruppe, Nürnberg
Dr. Lambrianos Lambrianou, Hannover
Dr. Uwe Lammers, Hamburg
Dr. Johanna Leinius, Frankfurt am Main
Dr. Björn Milbradt, Halle (Saale)
Anne Münch, M.A., München
Marco Nieland, Hamburg
Lukas Andreas Sattlegger, Frankfurt am Main
Dr. Anita Scheuermann, Erfurt

Verstorben

Prof. Dr. Regina Becker-Schmidt, Hannover
Prof. Dr. Georg Krücken, Kassel
Dr. Annette von Alemann, Köln